

N i e d e r s c h r i f t

über die 18. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 21.12.2011
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 19:29 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Robert Helpenstell
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

zu TOP ö 7

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl
Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Gerhard Mächler
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth
Herr Georg Thomanek

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 16. Sitzung vom 13.10.2011- öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0779
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Beanstandung eines Ratsbeschlusses vom 13. Oktober 2011 VIII/0702
6. Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"" VIII/0716
7. Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" VIII/0744
8. Satzung zur 3. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008 VIII/0729
9. Anordnung eines Umlegungsverfahrens gem. § 46 BauGB für das Bebauungsplangebiet 81 M "Beethoven-, Schumann-, Mozart- und Johann-Sebastian-Bach-Straße" der Stadt Monheim am Rhein VIII/0731
10. Bau einer behindertengerechten Rampe für Fußgänger und Radfahrer am Anleger Baumberg - Genehmigung überplanmäßiger Mittel - dringliche Entscheidung VIII/0761
11. Kreisverkehr Oranienburger Straße - Anmeldung von üpl-Mitteln VIII/0776
12. Bildung von Rückstellungen für Instandsetzungsmaßnahmen im Jahresabschluss 2011 / Gebäudeunterhaltung und Straßenunterhaltung VIII/0764
13. Projekt "Auenblicke" der Biologischen Station Haus Bürgel Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der Biologischen Station Haus Bürgel VIII/0739

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 14. | Zielplanung zum Strategischen Ziel: "Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel". | VIII/0773 |
| 15. | Richtlinien über Förderung von Kindern in der Kindertagespflege | VIII/0749 |
| 16. | Fortschreibung des bestehenden Trägerschaftsvertrages für den Jugendclub Baumberg | VIII/0751 |
| 17. | Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 51 - Produkt 51.4. Familienunterstützung | VIII/0771 |
| 18. | Perspektiven/Handlungsoptionen zur Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg | VIII/0765 |
| 19. | Absicherung des Finanzierungsrisikos für Beihilfeaufwendungen für die städtischen Beamtinnen und Beamten Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung) | VIII/0781 |
| 20. | Wirtschaftsplan der Städtischen Betriebe der Stadt Monheim am Rhein für das Wirtschaftsjahr 2012 | VIII/0726/1 |
| 21. | Feststellung des Jahresabschluss zum 31.12 2009 und Lagebericht durch die Betriebsleitung der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein | VIII/0684/1 |
| 22. | Änderung der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) in § 14 und Verabschiedung einer Richtlinie dazu | VIII/0769 |
| 23. | Jahresabschluss 2007 | VIII/0784 |
| 24. | Bericht zur Verwendung der KP II - Mittel - Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur - Investitionsschwerpunkt Infrastruktur | VIII/0775 |
| 25. | Beteiligungsbericht der Stadt Monheim am Rhein 2010 / 2011 | VIII/0774 |
| 26. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.12.2011 "Erstellung eines Licht-Masterplanes" | VIII/0778 |
| 27. | Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vom 15.11.2011 "Erweiterung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Monheim am Rhein" | VIII/0780 |
| 28. | Nachbesetzung von Ausschüssen und Gremien | VIII/0777 |

- 29. Mündliche Mitteilungen
- 29.1. Informationsschreiben des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 09.12.2011
- 29.2. Änderungen am Sitzungskalender für das Jahr 2012
- 29.3. Einladung zu einem Umtrunk nach der Ratssitzung
- 29.4. Information über die Aktion "Monheimer Weihnachtssterne"
- 30. Mündliche Anfragen
- 30.1. Anfrage der Ratsfrau Andrea Stamm - Bündnis90/Die Grünen
- zu den Krawallen im Sojus
- 30.2. Anfrage des Ratsherrn Gunia - SPD - zum kommunalen Ordnungsdienst

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 18. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister weist zunächst auf eine Änderung der Tagesordnung hin:
Der bisherige Tagesordnungspunkt 4 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, Vorlage VIII/0684/1, „Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 und Lagebericht durch die Betriebsleitung der Städtischen Betriebe“ soll zur Beratung als Tagesordnungspunkt ö 21 in den öffentlichen Teil verschoben werden, da Gründe für eine nichtöffentliche Beratung nicht vorlägen. Die folgenden Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil der Sitzung verschieben sich entsprechend.

Weiterhin weist der Bürgermeister auf Unterlagen hin, die den Ratsmitgliedern mit Begleitschreiben am 14.12.2011 in die Postfächer nachgereicht wurden:
zu TOP ö 15, Vorlage VIII/0749, „Richtlinien der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in der Tagespflege gemäß § 23 SGB VII zum 01.01.2012“ – neue Anlage zum Austausch gegen die bisherige Anlage;
zu TOP ö 21 (neu), Vorlage VIII/0684/1, „Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 und Lagebericht durch die Betriebsleitung der Städtischen Betriebe“, Nachsendung der fehlenden Anlage.

Vor der Sitzung wurden weitere Unterlagen als Tischvorlagen an die Plätze verteilt:

zu TOP ö 18, Vorlage VIII/0765, „Perspektiven/Handlungsoptionen zur Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg“ – Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.12.2011 und Antrag der SPD-Fraktion vom 19.12.2011;

zu TOP ö 25 (neu), Vorlage VIII/774, „Beteiligungsbericht der Stadt Monheim am Rhein 2010/2011“ – jeweils ein Exemplar des Beteiligungsberichtes als Papiervorlage für die Fraktionen;

zu TOP ö 29 / Mündliche Mitteilungen – Informationsschreiben des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 09.12.2011 an alle Ratsmitglieder, „Stärkungspaket Stadtfinanzen: Konsolidierung kommunaler Haushalte und Stärkung kommunaler Demokratie“.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung mit den durch den Bürgermeister vorgetragenen Änderungen und Hinweisen ergeben sich keine Bedenken.

2 Kennnisnahme der Niederschrift der 16. Sitzung vom 13.10.2011- öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Vorlage: VIII/0779

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Ausführung zu der Vorlage VIII/0500 „Verein Region Köln/Bonn e.V.“. Sie fragt nach, was sich hinter dem dort aufgeführten Begriff „COMPASS-Dienstleistung“ verbirgt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass nach Recherche die Frage schriftlich beantwortet werde.

Herr Waters führt noch aus, dass mit dem Verein Region Köln/Bonn e.V. vereinbart wurde, dass die Stadt Monheim am Rhein als typische Rheinanliegerkommune in einigen Arbeitskreisen teilnehmen und sich inhaltlich einbringen wolle. Dies sei auch ohne Vereinsmitgliedschaft möglich.

Zum Protokoll:

Die COMPASS-Dienstleistungen des Vereins Region Köln/ Bonn e.V. umfasst eine Dienstleistungseinheit mit drei Beschäftigten, die sich um Förderprojektberatung kümmert.

Im September 2007 hat der Region Köln/Bonn e.V. die Dienstleistungseinheit **COMPASS (COMPetitiveness ASSistance)** eingerichtet. Die zentrale Zielsetzung des Dienstleistungs-angebots von **COMPASS** ist es, die regionale Nutzung von Förderprogrammen nachweislich zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für den „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE).

Die Hauptaufgaben von COMPASS sind:

- **Information, Beratung und Qualifizierung:** Frühzeitige und umfassende Informationen über Wettbewerbe, Ideen, Projekte, Veranstaltungen etc., sowie Workshopangebote „Fit für Förderung in der Region Köln/Bonn“ (ab Herbst 2008)
- **Koordinierung/Vernetzung:** Innerhalb der Region (Kooperationen fördern) und mit anderen Förderprogrammen
- **Unterstützung und Begleitung** im Wettbewerbsverfahren: „Von der Idee zum Projekt“
- **Interessenvertretung nach außen** (Besetzung Begleitausschuss, gegenüber Landesbehörden und -Ministerien u.a.)

Im Zentrum der Tätigkeit von COMPASS steht die Projektberatung „Von der Idee zum (Förder-) Projekt“. Ziel ist es, mögliche Förderinstrumente zu identifizieren und regionale Partner sinnvoll miteinander zu vernetzen.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Joseph Kropp, wohnhaft Dachsbau 6, bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass geplant sei, Kosten für die Entsorgung von Sperrmüll am Wertstoffhof zu verlangen. Er bemängelt besonders die fehlenden Kontrollen der Anlieferer. Es seien viele Auswärtige, die ihren Müll kostenlos am Wertstoffhof entsorgen würden. Er halte das für ungerecht.

Der Bürgermeister antwortet, dass über die Einführung einer Gebühr noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden sei. Allerdings befürworte er die Einführung dieser Gebühr, weil er das für gerechter halte. Der Service, wie er jetzt geboten werde, würde durch alle Abfallgebührenzahler getragen, nicht nur durch die Verursacher.

Herr Kropp weist anschließend noch auf den schlechten Zustand der Eingangstür am alten Rathauseingang hin. Dort sei dringender Überholungsbedarf erforderlich. Außerdem benötigten die Laternen im Stadtgebiet, explizit die auf der Alten Schulstraße, ebenfalls dringend einen Anstrich.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Anregungen von Herrn Kropp aufgenommen würden.

5 Beanstandung eines Ratsbeschlusses vom 13. Oktober 2011 Vorlage: VIII/0702

Nachdem der Bürgermeister die Vorlage erläutert hat, erklärt ein Sprecher der CDU-Fraktion, dass dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt werden könne. Der dort aufgezeigte Kompromiss, das Gelände der Telekom nicht mehr über den Schellberg zu erschließen, sondern über die Berghausener Straße, sei positiv zu bewerten, zumal die Anwohner diesen Vorschlag mittragen würden. Er hält der Verwaltung für die vorausgegangenen Vorlagen zu dem „Bürgerantrag“ jedoch eine unzulängliche Prüfung der Sach- und Rechtslage vor. Das heutige Ergebnis

hätte s. E. bei ordnungsgemäßer Prüfung und Bearbeitung bereits früher vorgelegt werden können.

Der Bürgermeister erwidert auf die Vorhaltungen und erklärt, dass erst jetzt eine Lösung gefunden worden sei, den Grundstückseigentümer gegen seinen Willen an den Kosten der Erschließung zu beteiligen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion teilt mit, dass auch seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werde. Er führt aus, dass aus dem Bürgerantrag zur Änderung des Winterdienstes nun eine Erschließungsangelegenheit geworden sei. Sollte diese zu dem von der Verwaltung vorgegebenen Termin umgesetzt werden können, wüssten die betroffenen Anwohner des Schellbergs wem sie für die Änderung der Zufahrtssituation dankbar sein könnten.

Auch der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich positiv zu der Verwaltungsvorlage und fragt nach, in welcher Höhe sich die Kosten für die Erschließungsmaßnahme für die Stadt belaufen würden.

Der Beigeordnete erklärt, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand mit Kosten in Höhe von 5.000 – 6.000 EUR zu rechnen sei. Die konkreten Details zur verkehrsmäßigen Anbindung an die Berghausener Straße würden in einer Vorlage dem Rat vorgelegt.

Zu der Nachfrage der Sprecherin der FDP-Fraktion, wie jetzt formaljuristisch mit der Beanstandung verfahren werde, teilt der Bürgermeister mit, dass die Beanstandung aufschiebende Wirkung des beanstandeten Ratsbeschlusses hat. Die abschließende Beschlussfassung über die Beanstandung soll - wie unter Punkt 1 des Beschlussvorschlages ausgeführt -, in der Ratssitzung am 26.09.2012 erfolgen.

Anschließend stellt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag zur Abstimmung und erklärt, dass die Antragsteller über das Ergebnis schriftlich informiert werden.

Beschluss

1. Der Rat nimmt die Beanstandung des Bürgermeisters zum Beschluss der Ratssitzung vom 13.10.2011 zu TOP 5 - Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW zur Kenntnis. Die Beanstandung ist als Anlage beigefügt. Die abschließende Beschlussfassung in dieser Sache wird bis zur Sitzung des Rates am 26.09.2012 zurückgestellt.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Schaffung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur erstmaligen verkehrsmäßigen Anbindung der Liegenschaft Schellberg 51/51a an die Berghausener Straße.

einstimmig zugestimmt

zung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008''''

Vorlage: VIII/0716

Beschluss

Die Satzung zur 3. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

7 Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: VIII/0744

Der Sprecher der FDP-Fraktion bittet die Verwaltung zu prüfen, ob durch den Einsatz weiterer Mitarbeiter eine Entlastung des Mitarbeiters, der derzeitig alleine für die komplexen und komplizierten Gebührenbedarfsberechnungen zuständig ist, erzielt werden könne. Die Berechnungen seien nicht alleine durch einen Mitarbeiter zu leisten, zumal die Berechnungen am Ende des Jahres unter einem enormen Zeitdruck erstellt werden müssten.

Der Bürgermeister erklärt, dass er diesen Prüfauftrag aufnehmen werde. Er werde den Auftrag jedoch nicht zur Abstimmung stellen, da solche Personalangelegenheiten dem Organisationsrecht der Verwaltung unterlägen. Er stellt klar, dass die Verantwortung für die Gebührenkalkulation nicht dem Sachbearbeiter zufalle.

Beschluss

Die Satzung zur 3. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

38 Ja-Stimmen **12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1, Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM**

3 Enthaltungen **FDP**

mehrheitlich zugestimmt

8 Satzung zur 3. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008

Vorlage: VIII/0729

Beschluss

Die Satzung zur 3. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9** **Anordnung eines Umlegungsverfahrens gem. § 46 BauGB für das Bebauungsplangebiet 81 M "Beethoven-, Schumann-, Mozart- und Johann-Sebastian-Bach-Straße" der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: VIII/0731

Beschluss

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 81 M wird ein Umlegungsverfahren gemäß § 46 BauGB angeordnet.

einstimmig zugestimmt

- 10** **Bau einer behindertengerechten Rampe für Fußgänger und Radfahrer am Anleger Baumberg - Genehmigung überplanmäßiger Mittel - dringliche Entscheidung**
Vorlage: VIII/0761

Beschluss

Die von Ratsherr Markus Gronauer und Bürgermeister Daniel Zimmermann getroffene dringliche Entscheidung zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Vermögenshaushalt wird genehmigt.

einstimmig zugestimmt

- 11** **Kreisverkehr Oranienburger Straße - Anmeldung von üpl-Mitteln**
Vorlage: VIII/0776

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt gem. § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW den überplanmäßigen Mehrauszahlungen in Höhe von 65.000 € bei der Maßnahme 'Kreisverkehr/Buswendeschleife Oranienburger Straße' zu. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei der Maßnahme 'Regenrückhaltebecken Baumberg' (Ermächtigungsübertragungen/Haushaltsrest).

einstimmig zugestimmt

- 12 Bildung von Rückstellungen für Instandsetzungsmaßnahmen im Jahresabschluss 2011 / Gebäudeunterhaltung und Straßenunterhaltung
Vorlage: VIII/0764**

Beschluss

Der Rat stimmt der Bildung von Rückstellungen gem. § 36 Abs. 3 GemHVO für unterlassene Instandhaltungen im Jahresabschluss 2011 für

1. Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen gem. **Anlage 1** in Höhe von 1.315.000 €
2. Straßenunterhaltungsmaßnahmen gem. **Anlage 2** in Höhe von 610.000 €

zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Instandhaltungsmaßnahmen unter Beachtung der Vergabevorschriften unverzüglich durchzuführen.

einstimmig zugestimmt

- 13 Projekt "Auenblicke" der Biologischen Station Haus Bürgel Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der Biologischen Station Haus Bürgel
Vorlage: VIII/0739**

Beschluss

- a) Das Konzept des Projektes „Auenblicke“ der Biologischen Station Haus Bürgel wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, den Kooperationsvertrag zwischen der Biologischen Station Haus Bürgel und der Stadt Monheim am Rhein abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

- 14 Zielplanung zum Strategischen Ziel: "Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel".
Vorlage: VIII/0773**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die LEG für die Stelle eines Stadtteilmanagers einen Personalkostenbeitrag in Höhe von jährlich 15.000,00 EUR in Aussicht gestellt habe. Bevor die Kooperationsvereinbarung abgeschlossen werde, seien noch Einzelheiten zu klären.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die von der Verwaltung vorgeschlagene Zielplanung zur Erreichung des Strategischen Ziels: „Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Wiederaufnahme des Stadtteilmanagements für das Berliner Viertel ab dem Jahr 2012 und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung aller hierfür notwendigen Schritte.

Abstimmungsergebnis:

38 Ja-Stimmen **12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen,
1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM**
3 Enthaltungen **FDP**

mehrheitlich zugestimmt

15 Richtlinien über Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: VIII/0749

Beschluss

Gemäß der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird eine Aktualisierung der Richtlinien für die Kindertagespflege zum 01.01.2012 beschlossen.

einstimmig zugestimmt

16 Fortschreibung des bestehenden Trägerschaftsvertrages für den Jugendclub Baumberg Vorlage: VIII/0751

Beschluss

1. Der Trägerschaftsvertrag für den Jugendclub Baumberg wird gemäß der vorliegenden Änderungsfassung des Vertrages fortgeführt.
2. Die Pauschale wird ab 2012 auf 92.000€erhöht.
3. Im Jahr 2013 erfolgt eine Anpassung unter angemessener Berücksichtigung der Kostenentwicklung.

einstimmig zugestimmt

17 Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 51 - Produkt 51.4. Familienunterstützung Vorlage: VIII/0771

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 51.04 - Familienunterstützung - in Höhe von 430.000,00 EUR, zu. Zur Deckung werden Mehrerträge und Mehreinzahlungen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 430.000,00 EUR im Produkt 90.00 - Allgemeine Finanzwirtschaft - herangezogen.

einstimmig zugestimmt

18 Perspektiven/Handlungsoptionen zur Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg

Vorlage: VIII/0765

Der Bürgermeister weist auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hin, wonach die Fraktionen konkrete Prüfaufträge an die Verwaltung formulieren und namentlich die Vertreter für die Schullenkungsgruppe, die im Januar 2012 tagen werde, benennen sollten. Die Prüfaufträge sollen bis zur Tagung der Schullenkungsgruppe als Arbeitsgrundlage abgearbeitet werden.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erläutert eingehend ihren schriftlichen Prüfauftrag, der als Tischvorlage verteilt wurde.

Für die Schullenkungsgruppe werden von den Fraktionen benannt:

| | | | |
|---------------------|-----------------------------|--------------|---------------------|
| CDU-Fraktion: | Bruno Kosmala | Vertreter: | Harald Schlee |
| PETO-Fraktion: | Florian Große-Allermann, | Vertreterin: | Janne Oberdieck |
| SPD-Fraktion: | Alexander Schumacher | Vertreter: | Werner Goller |
| FDP-Fraktion: | Marion Prondzinsky-Kohlmetz | Vertreter: | Ulrich Anhut |
| Fraktion B90/Grüne: | Dr. Jörg Schwenzfeier-Brohm | Vertreter: | Dr. Norbert Stapper |

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erinnert an die Vorlage im Rahmen der Haushaltsplanberatungen der Auflistung über die bereits getätigten Investitionen für die Winrich-von Kniprode-Schule.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion bittet um Prüfung, inwieweit eine Verlegung der Armin-Maiwald-Schule an die Geschwister-Scholl-Schule als einheitlicher Schulstandort möglich ist.

Der Bürgermeister formuliert anschließend den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Rat stimmt der Bildung der Schullenkungsgruppe mit den durch die Fraktionen benannten Vertreter zu und beauftragt die Verwaltung, die schriftlich und mündlich in dieser Ratssitzung formulierten Prüfaufträge abzuarbeiten und anschließend der Schullenkungsgruppe und den Fraktionen vorzulegen.

einstimmig zugestimmt

19 Absicherung des Finanzierungsrisikos für Beihilfeaufwendungen für die städtischen Beamtinnen und Beamten
Vorlage: VIII/0781

Der Bürgermeister erläutert eingehend die Vorlage und erteilt im Anschluss Herrn Frömmer zur Beantwortung der Nachfragen des Sprechers der CDU-Fraktion das Wort.

Herr Frömmer führt aus, dass sich die Prämien zwar unterschiedlich berechneten, aber bei jedem Rechenmodell immer mit einem Risikoaufschlag von ca. 100.000 EUR zu rechnen sei, der zusätzlich zu den Versicherungsprämien zu leisten sei. Bezüglich der in Zukunft zu erwartenden Beihilfeaufwendungen teilt Herr Frömmer mit, dass zwischen den aktiven und passiven Beamten bei der Stadt Monheim am Rhein ein gutes Verteilungsverhältnis bestehe, so dass nicht mit unkalkulierbaren Kosten zu rechnen sei.

Sowohl der Sprecher der SPD-Fraktion als auch ein Sprecher der PETO-Fraktion erklären, dass die Ausführungen der Verwaltung nachvollziehbar seien und dass ihre Fraktionen der Beschlussvorlage zustimmen würden.

Auf weitere Nachfragen eines Sprechers der CDU-Fraktion und dem Vorwurf, dass die in der Verwaltungsvorlage gemachten Angaben nicht ausreichten, um eine nachvollziehbare Entscheidung treffen zu können, schlägt der Bürgermeister vor, dass dezidierte Informationen bei dem Vorlagenersteller eingeholt werden könnten. Er weist erklärend daraufhin, dass die Versicherungsbeiträge regelmäßig den Beihilfeaufwendungen angepasst werden müssten. Es bestehe ein Unterschied zu dem Versorgungsbeitragsmodell, weil jeweils nur die entstandenen Aufwendungen ersetzt würden und keine Ansparungen durch die Versicherung erfolgten, die verzinst würden.

Aufgrund dieser zusätzlichen Ausführungen erklärt der Sprecher, der Vorlage nun zustimmen zu können und dass auf die Einholung weiterer Informationen verzichtet werden könne.

Beschluss

Der Rat beschließt, auf den Abschluss einer Beihilfeablöseversicherung zu verzichten.

einstimmig zugestimmt

20 Wirtschaftsplan der Städtischen Betriebe der Stadt Monheim am Rhein für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: VIII/0726/1

Der Bürgermeister teilt mit, dass derzeit unterschiedliche Perspektiven hinsichtlich der Zukunft der SBM beleuchtet würden. Denkbar sei eine Reorganisation der

eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und eine Integration der SBM wieder als Abteilung in die Organisation der Stadtverwaltung. Ziele, die mit der Gründung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung erreicht werden sollten, konnten nicht erreicht werden.

Er weist ergänzend daraufhin, dass derzeit eine Prüfung erfolge, ob sich in verschiedenen Arbeitsbereichen eine engere Zusammenarbeit mit dem Städtischen Betriebshof der Stadt Langenfeld anbieten könne. Der Rat der Stadt werde zeitnah über das weitere Vorgehen informiert.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist auf die Beratung im Betriebsausschuss hin, wonach im Wirtschaftsplan die Anschaffung von Handhelds zur elektronischen Erfassung von Leistungsdaten mit einem Sperrvermerk zu versehen werden sollte. Dieser Sperrvermerk fehle und müsse nachgeholt werden.

Die Verwaltung sagt das zu.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein für das Wirtschaftsjahr 2012 wird unter der Voraussetzung, dass die vorgesehene Beschaffung von Handhelds zur elektronischen Erfassung von Leistungsdaten mit einem Sperrvermerk versehen wird, beschlossen.

einstimmig zugestimmt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

**21 Feststellung des Jahresabschluss zum 31.12 2009 und Lagebericht durch die Betriebsleitung der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0684/1**

Beschluss

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 und der Lagebericht der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein werden festgestellt. Der Jahresüberschuss in Höhe von 200.555,25 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
2. Dem Betriebsausschuss wird gemäß § 4 der Eigenbetriebsverordnung Entlastung erteilt.

einstimmig zugestimmt

- 22 **Änderung der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) in § 14 und Verabschiedung einer Richtlinie dazu**
Vorlage: VIII/0769

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der als **Anlage 1** beigefügten Änderung des § 14 der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Rhein-Sieg sowie der als **Anlage 2** beigefügten Richtlinie zu.

Diese beiden Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 23 **Jahresabschluss 2007**
Vorlage: VIII/0784

Der Bürgermeister erteilt dem Kämmerer das Wort, der anhand einer Powerpoint-Präsentation die wesentlichen Unterschiede zwischen der Haushaltsplanung und dem Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2007 vorstellt.

Beschluss

Der Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2007 wird einschließlich des Anhangs und des Lageberichts zur Kenntnis genommen.
Sie werden gemeinsam dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gem. § 95 Abs. 3 Satz 2 GO NRW zugeleitet.

einstimmig zugestimmt

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- 24 **Bericht zur Verwendung der KP II - Mittel - Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur - Investitionsschwerpunkt Infrastruktur**
Vorlage: VIII/0775

Anhand einer Fotodokumentation stellt der Leiter des Gebäudemanagements die im Rahmen des Konjunkturpaketes II realisierten Maßnahmen vor.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 25 **Beteiligungsbericht der Stadt Monheim am Rhein 2010 / 2011**
Vorlage: VIII/0774

Der Bürgermeister entschuldigt sich für die verspätete Vorlage des Beteiligungsberichtes.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion plädiert dafür, die Beratung in die nächste Sitzung zu vertagen, weil der Bericht wegen der späten Vorlage nicht ausreichend zur Kenntnis genommen werden konnte.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters ergibt sich keine Gegenrede gegen die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Aufgrund der Bitte eines Sprechers der CDU-Fraktion sagt der Bürgermeister zu, dass jeder Fraktion jeweils drei Exemplare in Papierform zur Verfügung gestellt werden sollen.

Beschlussempfehlung

Der Bericht über die Beteiligung der Stadt Monheim am Rhein an Unternehmen und Einrichtungen wird zur Kenntnis genommen.

vertagt

**26 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.12.2011 "Erstellung eines Licht-Masterplanes"
Vorlage: VIII/0778**

Der Bürgermeister schlägt vor, dass über den Antrag im zuständigen Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr beraten werden solle.

Damit erklärt sich die Sprecherin der antragstellenden Fraktion einverstanden. Sie wolle jedoch bereits heute den Antrag näher erläutern.

Sie erklärt, dass mit der Erstellung eines Lichtmasterplanes, welcher nur einen Rahmenplan darstellen und schrittweise umgesetzt werden könne, zwei Hauptschwerpunkte gesetzt werden sollten. Erstens solle die Energieeffizienz gesteigert und zweitens solle eine einheitliche städtebauliche Ausrichtung erreicht werden. Mit dem Rahmenplan solle ein Gesamtkonzept geschaffen werden, mit dem die Ziele hinsichtlich des Umweltschutzes und der einheitlichen städtebaulichen Ausrichtung erreicht werden könnten.

Es ergeben sich keine Einwände gegen die Verweisung des Antrags zur weiteren Beratung in den Fachausschuss.

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr verwiesen.

einstimmig zugestimmt

**27 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vom 15.11.2011 "Erweiterung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Monheim am Rhein"
Vorlage: VIII/0780**

Eingangs weist der Bürgermeister auf die Beratung in interfraktionellen Gesprächen hin und erklärt, dass mit dem Sitzungsbeginn 17:00 Uhr für die Sitzungen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses ein guter Kompromiss gefunden worden sei.

Im Verlauf der Diskussion legen Sprecherinnen und Sprecher der antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD und FDP ihre Gründe für die Verschiebung der Anfangszeiten der Sitzungen auf 18:00 Uhr dar. So sei festgestellt worden, dass sich in der Vergangenheit bei jeder Sitzung Ratsmitglieder aus beruflichen Gründen verspätet hätten. Es wird auf Schwierigkeiten hinsichtlich der Absprache mit den Arbeitgebern verwiesen, wenn der Arbeitsplatz vorzeitig verlassen werden müsse. Auch wird mit Hinblick auf die Ratsmitglieder, die nicht am Ort beschäftigt sind, auf die zunehmend schlechte Verkehrssituation im Großraum Köln/Düsseldorf hingewiesen. Dies erschwere eine frühzeitige Sitzungsteilnahme zusätzlich. Es sei auch zu berücksichtigen, dass besonders Selbständige oftmals erst in den Abendstunden berufliche Termine wahrzunehmen hätten. Außerdem sei fraglich, ob der Bedarf für den früheren Beginn noch gegeben sei, da im abgelaufenen Jahr es nicht mehr zu Mammut Sitzungen gekommen sei. Für die Sitzungen, in denen die Haushaltsplanberatungen stattfänden, könne nach wie vor der frühzeitige Beginn beibehalten werden. Übereinstimmend bringen sie zum Ausdruck, dass im interfraktionellen Gespräch keine Einigung über die Anfangszeiten erzielt worden sei. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass in der Vergangenheit eine Regelung getroffen worden sei, dass die Sitzungen nicht länger als 22:00 Uhr dauern sollten. Im Bedarfsfall sollten die Sitzungen abgebrochen und in einem Fortsetzungstermin fortgeführt werden. Daran solle man sich in Zukunft verstärkt halten.

Sprecher der PETO-Fraktion erklären, dass nur die Sitzungen des Rates und der Haupt- und Finanzausschusses um 17:00 Uhr beginnen würden. Es sollte jedem Mandatsträger möglich sein, diese etwa 12 Termine im Jahr entsprechend einzukalkulieren und mit dem Arbeitgeber abzustimmen. Wenn sich alle Ratsmitglieder zukünftig bei ihren Redebeiträgen diszipliniert verhielten, könnten Mammut Sitzungen und Fortsetzungen vermieden werden.

Unter Hinweis auf § 47 der Gemeindeordnung, wonach das Recht zur Einberufung des Rates ausschließlich dem Bürgermeister obliege, erklärt dieser, dass er den vorliegenden Antrag nicht zur Abstimmung stellen werde. Es liege unter Abwägung der verschiedenen Interessen im Ermessen des Bürgermeisters, wann er zu den Sitzungen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses einlade. Er weist auf verschiedene Rechtsprechung zu diesem Thema hin. Danach seien die persönlichen Interessen der Ratsmitglieder hinsichtlich des Beginns der Sitzungen mit dem Interessen der Öffentlichkeit, an den Sitzungen teilzunehmen zu können und dem schutzwürdigen Interesse der städtischen Beschäftigten, die zu zumutbaren Zeiten an den Sitzungen teilnehmen müssen, in Einklang zu bringen. Die Abwägung all dieser widerstreitenden Interessen gerecht zu werden sei schwierig, doch mit dem Beginn der Sitzungen um 17:00 Uhr sei ein vertretbarer Kompromiss gefunden worden. Auch in anderen kreisangehörigen Städten und anderen umliegenden Gemeinden sei 17:00 Uhr eine durchaus übliche Anfangszeit.

Im weiteren Verlauf der hitzig und emotional geführten Debatte bringen Redner aller Fraktionen nochmals ihre unterschiedlichen Meinungen zu dem Thema zum Ausdruck. Übereinstimmung besteht darüber, die Sitzungen nicht über 22:00 Uhr hinaus fortzusetzen, sondern dann die terminierten Fortsetzungstermine in Anspruch zu nehmen.

Der Bürgermeister erklärt nochmals, dass er den Sitzungsbeginn 17:00 Uhr nicht für unzumutbar halte und unter Berücksichtigung aller Interessen einen angemessenen Sitzungsbeginn festgelegt habe.

Ratsherr Dr. Stapper - Bündnis 90/Die Grünen - stellt den Geschäftsordnungsantrag auf „Schluss der Rednerliste“.

Der Bürgermeister verliest die Namen der Ratsmitglieder aus der CDU-, der PETO- und der SPD-Fraktion, die noch auf der Rednerliste stehen.
Wortmeldungen für oder gegen den Geschäftsordnungsantrag liegen nicht vor.

Abstimmungsergebnis über den Geschäftsordnungsantrag „Schluss der Rednerliste“:

39 Ja-Stimmen: 12 CDU, 12 PETO, 7 SPD, 3 FDP, 3 Bündnis90/Die Grünen,

1 Frau Friedrich, 1 Linke

2 Enthaltungen: 1 SPD, 1 BM

mehrheitlich angenommen

Der Bürgermeister ruft die verbleibenden Redner zu ihren Wortmeldungen auf. Sie äußern in Ergänzung zu ihren Vorrednern ihre Meinung. So pflichten sie deren Auffassung bei oder erwidern auf ihre Vorredner und stellen ihre unterschiedliche Meinung dar. Diese Ausführungen werden zum Teil heftig aus dem Plenum kommentiert, so dass der Bürgermeister zur Ordnung ruft.

Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass es leider unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Sitzungsbeginns gäbe, aber dass es nach Abwägung der unterschiedlichen Gründe bei dem Sitzungsbeginn 17:00 Uhr bleibe, weil damit niemand unbotmäßig belastet würde. Er wirbt nochmals um Verständnis dafür, dass der Sitzungsbeginn der Rats- und Haupt- und Finanzausschusssitzungen weiter um 17:00 Uhr sein wird.

28

Nachbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Vorlage: VIII/0777

Der Bürgermeister weist auf eine Ergänzung zu dieser Vorlage hin. Der Deutsche Kinderschutzbund Ortsverband Monheim e.V. schlägt zur Nachwahl für die ausgeschiedenen Mitglieder im Jugendhilfeausschuss Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz (für Herrn Marcel Schäfer - ordentliches Mitglied) und Frau Jeanette Szepan (für Frau Gisela Deckers - persönliche Stellvertreterin) vor. Erläuternd führt er aus, dass keine Ausschließungsgründe dafür vorlägen, wenn die Ratsfrau

Frau Prondzinsky-Kohlmetz durch den DKSB als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt werde.

Gegen die Erweiterung des Beschlussvorschlages um die Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss ergeben sich keine Bedenken.

Beschluss

Die Nachbesetzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, des Jugendhilfeausschusses und des Seniorinnen- und Seniorenbeirates wird wie in der als Anlage beigefügten Form beschlossen. Die erweiterte Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

29 Mündliche Mitteilungen

29.1 Informationsschreiben des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 09.12.2011

Der Bürgermeister weist auf das an die Plätze verteilte Informationsschreiben des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 09.12.2011 hin, welches allen Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben werden sollte.

29.2 Änderungen am Sitzungskalender für das Jahr 2012

Der Bürgermeister weist auf notwendige Änderungen des Sitzungskalenders hin.

1. Die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird verlegt vom 21.03. auf den geplanten Fortsetzungstermin am **22.03.2012**. Der neue Fortsetzungstermin ist für Freitag, den 24.03.2012 vorgesehen. Beginn der Sitzungen jeweils 16:00 Uhr.

2. Verlegung der Sitzungen des Ausschusses für Öffentliches und Soziales (AÖSA)

vom 25.04.2012 auf **Dienstag, den 24.04.2012**

und

vom 05.09.2012 auf **Dienstag, den 11.09.2012**.

Beginn der Sitzungen jeweils 18:00 Uhr.

Bezüglich der von der SPD-Fraktion geäußerten Bitte nach einem Tausch zwei weiterer Termine des AÖSA mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport bittet der Bürgermeister, dass dafür eine Abstimmung zwischen den Ausschussvorsitzenden erfolgen solle. Bei der durch die Verwaltung vorgenommenen Sitzungsplanung könnten nicht alle Wünsche, insbesondere hinsichtlich der Bevorzugung von bestimmten Wochentagen, berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Sitzungskalender des Ratsinformationssystems entsprechend der mitgeteilten Änderungen korrigiert würde.

29.3 Einladung zu einem Umtrunk nach der Ratssitzung

Der Bürgermeister teilt mit, dass auf Initiative der Ratsherren Dr. Stapper und Poell es nach der Ratssitzung einen kleinen Umtrunk geben wird, zu dem er - auch im Namen der Vorgenannten -alle Anwesenden herzlich einlädt.

Außerdem teilt der Bürgermeister mit, dass Herr Janßen, Redakteur der Rheinischen Post, nicht weiter für die lokale Berichterstattung zuständig sein werde. Auch Herr Janßen sei bei dem Umtrunk dabei, um sich zu verabschieden.

29.4 Information über die Aktion "Monheimer Weihnachtssterne"

Die Jugendamtsleiterin teilt mit, dass die in diesem Jahr ins Leben gerufene Aktion „Monheimer Weihnachtssterne“ ein voller Erfolg geworden sei. Es seien über 400 Sterne verkauft worden. Über 300 Geschenke seien heute an Kindertagesstätten und Grundschulen zur Verteilung an bedürftige Kinder weitergegeben worden. Viele Personen, Bürgerinnen und Bürger, Geschäftsleute und Initiativen hätten sich in beachtenswerter Weise an der Aktion beteiligt und engagiert. Sie bedankt sich sehr dafür.

Abschließend spricht der Bürgermeister den Helferinnen und Helfern, die die Weihnachtssterne - auch auf dem Monheimer Weihnachtsmarkt – verkauft und damit zum Erfolg der Aktion beigetragen haben, seinen Dank aus.

30 Mündliche Anfragen

30.1 Anfrage der Ratsfrau Andrea Stamm - Bündnis90/Die Grünen - zu den Krawallen im Sojus

Frau Stamm nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung im Zusammenhang mit den Ausschreitungen bei einer Feier der Peter-Ustinov-Gesamtschule im Sojus. In der Presse sei der Eindruck erweckt worden, als seien die Veranstalter für die Krawalle zuständig gewesen. Dabei habe der Securitydienst die schwerwiegenden Fehler zu verantworten. Dieser habe sowohl zu viele Gäste als auch Besucher, die keinen Einlass hätten erhalten sollen, in die Veranstaltungsräume des Sojus eingelassen. Dass in der Presse diese Versäumnisse den Veranstaltern der Peter-Ustinov-Gesamtschule angelastet würden, sei nicht in Ordnung und stelle diese unrechtmäßig in einem sehr schlechten Licht dar.

Sie fragt nach, ob es richtig sei, dass die VHS diesen Securitydienst vorgeschlagen und darauf bestanden habe, dass dieser zum Einsatz kommen sollte? Und wie in Zukunft bei Veranstaltungen im Sojus verhindert werden könne, dass es erneut zu solch extremen Ausschreitungen komme?

Der Bürgermeister erklärt, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Ergänzend führt er aus, dass dieser Vorfall sehr zu bedauern sei. Denn dadurch sei ein schlechter Eindruck sowohl für den Veranstalter PUG als auch für das Sojus als Veranstaltungsort entstanden, der nicht leicht zu beheben sei.

30.2 Anfrage des Ratsherrn Gunia - SPD - zum kommunalen Ordnungsdienst

Ratsherr Gunia teilt mit, dass er durch die Presse erfahren habe, dass das städtische Ordnungsbüro eine Ordnungspartnerschaft mit der Kreispolizeibehörde vereinbart habe. Grundsätzlich sei diese Vereinbarung zu begrüßen. Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn die Politik im Vorfeld in das Verfahren eingebunden worden wäre.

In diesem Zusammenhang fragt er nach dem Zeitplan hinsichtlich der zukünftigen Besetzung weiterer Stellen im kommunalen Ordnungsdienst. Er regt an, darüber in der nächsten Sitzung des Rates Anfang Februar zu berichten.

Der Bürgermeister erklärt, dass geplant sei, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Öffentliches und Soziales über die Ordnungspartnerschaft und die vereinbarten Projekte zu berichten. Zu der angesprochenen zusätzlichen Stellenbesetzung weist der Bürgermeister auf den noch bestehenden Nothaushalt hin. Da die haushalterische Perspektive sich für das Jahr 2012 positiv darstelle, könne mit einer Stellenbesetzung im Frühjahr 2012 gerechnet werden.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und lädt auch die Zuhörer ein, an dem kleinen Umtrunk nach der Sitzung teilzunehmen. Er wünscht allen besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Heimweg.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin